

Protokoll

- öffentlicher Teil - über die 17. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

12.11.2018

Sitzungstag: Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:13 Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, Oberbürgermeister

Raff, Erich

Schriftführer/in

Raff, Michaela

Ausschussmitglieder

Beer, Tommy

Bosch, Albert

Calabrò, Claudia

Dräxler, Willi

ab 18.25 h

Halbauer, Jan

Hollenbach, Beate

Kellerer, Martin

Pleil, Dieter

Pötzsch, Mirko

Stockinger, Georg

Ströhle, Andreas, Dr.

bis 20.00 h

Weber, Florian

Vertreter/in

Lohde, Andreas

Vertreter für StRin Görgen

Wollenberg, Klaus, Prof. Dr.

Vertreter für StR Bahner

Verwaltung

Bayerl, Nicole

Höttl, Doreen

Maurer, Michael

Paluca, Nikoll

Zifreund, Kathrin

Gäste

Danke, Karl

Kreis, Dieter

Streifeneder, Jens

Abwesend:

Grund:

Ausschussmitglieder

Bahner, Herwig
Görgen, Simone

entschuldigt
entschuldigt

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
2. Oster- und Sommerferienprogramm 2018
3. Stadtjugendratswahl 2019/2020
4. Bereitstellung der Haushaltsmittel 2019 gemäß den Richtlinien für die freiwillige Förderung von ortsansässigen Vereinen, Verbänden und Organisationen im sozialen Bereich
5. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Kindertageseinrichtungsgebührensatzung - KTGS)
6. Sachantrag Nr. 97 des Stadtjugendrates- Erweiterung des Skateparks in Fürstenfeldbruck
7. Antrag auf Einführung eines Foodsharing-Projekts
8. Mündlicher Bericht über den aktuellen Stand Obdachlosenunterbringung und Soziale Angelegenheiten
9. Verschiedenes

Oberbürgermeister Raff eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Stadtrat Pötzsch fragt nach, warum der Sachantrag „Eishalle“ und der Sachantrag vom 03.07.2018 nicht behandelt werden, um die vorgegebene 4-Monats-Frist einzuhalten. Oberbürgermeister Raff bitte darum, solche Fragen vorab an die Verwaltung zu richten, da dies ad hoc nicht beantwortet werden kann.

Stadtrat Halbauer beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 7 „Antrag auf Einführung eines Foodsharing-Projekts“, da noch einige Punkte geklärt werden müssen. Diesem Antrag wird mit 12:0 Stimmen zugestimmt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

TOP 1	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
--------------	--

entfällt

TOP 2	Oster- und Sommerferienprogramm 2018
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1615/2018 vom 04.10.2018 dient den Ausschussmitgliedern zur Information.

Oberbürgermeister Raff bedankt sich bei den Organisatorinnen für die wieder sehr gute Arbeit.

Stadtrat Beer merkt an, dass es für Eltern sehr schwierig ist, einen Platz im Ferienprogramm zu bekommen. Er hat die Idee, dass Kinder und Jugendliche, welche sich in schwierigen familiären Situationen befinden und auch über Jugend-/Schulsozialarbeiter betreut werden, ein Vorzugsrecht bei der Anmeldung erhalten sollen. Für diese Kinder/Jugendliche könnte eine bestimmte Platzzahl reserviert werden um ihnen die Chance auf Teilnahme zu ermöglichen. Herr Paluca wird diese Möglichkeit prüfen lassen.

Bekanntgabe:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

TOP 3	Stadtjugendratswahl 2019/2020
--------------	--------------------------------------

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1624/2018 vom 16.10.2018 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Wollenberg bedankt sich beim bisherigen Stadtjugendrat für die geleistete Arbeit. Er ist aber mit der Wahlbeteiligung nicht zufrieden und regt an, dass in der kommenden Amtsperiode nachgedacht werden muss, wie der Stadtjugendrat bekannter gemacht werden kann, um dadurch die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Stadtrat Ströhle findet den Stadtjugendrat sehr sinnvoll, jedoch erschreckt auch ihn die geringe Wahlbeteiligung. Die BBV-Fraktion überlegt, für den neuen Stadtjugendrat in 2 Jahren ein neues Konzept zu erarbeiten, um das Engagement beim Stadtjugendrat zu erhöhen. Gerade im Bereich der Altersgruppe 18 – 21 Jahre ist das Interesse sehr gering und hier wäre es zu überlegen, ob diese Gruppe nicht abgeschafft werden soll bzw. die jüngere Altersgruppe zu erweitern.

Stadträtin Hollenbach regt an, dass einmal im Jahr eine gemeinsame offizielle Sitzung mit Stadtjugendrat und dem Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport stattfinden soll, um einen gegenseitigen Austausch zu fördern.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat, gemäß § 5 der Satzung über den Stadtjugendrat der Stadt Fürstenfeldbruck (StjS), den Beginn der Amtszeit des neuen Stadtjugendrates zum 01.01.2019 zu beschließen.

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

TOP 4	Bereitstellung der Haushaltsmittel 2019 gemäß den Richtlinien für die freiwillige Förderung von ortsansässigen Vereinen, Verbänden und Organisationen im sozialen Bereich
--------------	--

Sachvortrag:

Ohne Nachfrage zu Sachvortrag Nr. 1625/2018 vom 18.10.2018 erfolgt folgende

Bekanntgabe:

Der Sachvortrag dient dem Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport zur Kenntnis.

TOP 5	Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Kindertageseinrichtungsgebührensatzung - KTGS)
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1646/2018 vom 24.10.2018 wird von **Herrn Paluca** anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert und dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Stadträtin Calabró bedankt sich für den ausführlichen und gut verständlichen Sachvortrag. Sie findet die lineare Erhöhung sozial nicht gerecht und ist der Ansicht, dass die Erhöhung umso geringer ausfallen sollte je länger ein Kind eine Einrichtung besucht. Auch kann die SPD-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen, da sie gegen eine jährliche Gebührenerhöhung ist.

Oberbürgermeister Raff erwidert, dass es sich die Stadt haushaltstechnisch nicht leisten könne, auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten. Die Eltern bekommen vom Freistaat Bayern ab nächstem Jahr eine Beitragsentlastung von 100 €. Somit müssen die Eltern künftig im Endeffekt – trotz Gebührenerhöhung – weniger für einen Kindergartenplatz bezahlen.

Laut **Stadtrat Ströhle** sollte von staatlicher Seite geschaut werden, dass die Elternbelastung so gering wie möglich gehalten wird. Da die Beitragsentlastung durch den Freistaat Bayern beschlossen worden ist, kann die BBV-Fraktion die Gebührenerhöhung mittragen, da dadurch die Belastung für die Eltern moderat ausfällt. Am liebsten wäre ihnen noch eine einkommensabhängige Gebührenstaffelung.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Lohde** erläutert **Herr Paluca**, dass die lineare Erhöhung von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, da sie alle Eltern gleichmäßig belastet. Auch eine progressive Erhöhung wäre möglich gewesen. Welche Erhöhung gerechter wäre – linear oder progressiv – ist Ermessenssache.

Durch die Beitragsentlastung von 100 € sind die Kindergartengebühren künftig durchschnittlich nahezu beitragsfrei.

Stadtrat Lohde betont, die Stadt müsse kontinuierlich die Einnahmen den gestiegenen Ausgaben anpassen, um sich auch andere Projekte leisten zu können.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat, die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Fürstenfeldbruck zu beschließen.

Der in der Anlage beigefügte Satzungsentwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 3

TOP 6	Sachantrag Nr. 97 des Stadtjugendrates- Erweiterung des Skate-parks in Fürstenfeldbruck
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1654/2018 vom 26.10.2018 wird von **Frau Zifreund** erläutert und dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Keller begrüßt die geplante Erweiterung der Skater-Anlage. Er möchte wissen, ob angedacht ist, hierfür auch Spenden zu akquirieren.

Stadtrat Ströhle bittet darum, dass die Erweiterung auf einmal und nicht in 3 Bauabschnitten erfolgen soll, um die Sperrung der Anlage so kurz wie möglich zu halten. Sollte dieser Antrag so beschlossen werden, kann sein Sachantrag vom 08.06.2015 – Nutzung der Skateanlage für alle Arten von Rollsport – als erledigt betrachtet werden.

Herr Mack vom Sportbeirat bittet darum, dass bei allen Projekten, welche den Sport betreffen, auch der Sportbeirat eingebunden wird.

Stadträtin Calabró bittet zu überlegen, ob die Kosten auf mehrere Jahre aufgeteilt werden können. Auch muss der Beschluss geändert werden, da der ISJS-Ausschuss die Haushaltsmittel nicht einstellen kann.

Für **Stadtrat Wollenberg** ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Projekt nicht im Haushalt 2019 durchgeführt werden kann. **Oberbürgermeister Raff** erwidert, dass dieses Projekt eine freiwillige Leistung der Stadt ist, welche durch die Kommunalaufsicht gestrichen werden kann. Deshalb kann nicht bereits vorab damit angefangen werden.

Laut **Stadtrat Lohde** stehen die Planungen noch ganz am Anfang. Er findet es gut, dass die Skate-Anlage erweitert wird. Jedoch sei es schade, dass keine Zeichnungen vorgelegt worden sind. Wenn genauere Planungen vorliegen, sollen diese präsentiert werden.

Nach Aussage von **Herrn Maurer** soll erstmal ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Anschließend werden mit den Skatern, dem Sportreferent und dem Sportbeirat die genaueren Planungen erfolgen.

Stadtrat Ströhle beantragt nach § 32 der Geschäftsordnung das Rederecht für einen Gast.

Beschluss: 11:4

Herr Nico Frank schildert, dass der jetzige Skatepark total überfüllt ist, die Rampen zu hoch sind und deshalb nicht ausreichend von allen genutzt werden können. Seines Erachtens könnte der Skatepark bereits im Jahr 2019 umgesetzt werden, da die Skater bereits ein Konzept für die Erweiterung hätten.

Es ergeht folgender

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport beschließt:

1. Der Antrag auf Erweiterung des Skateparks in Fürstenfeldbruck wird zugestimmt
2. Die bisherigen Planungsüberlegungen sollen unter Einbeziehung der lokalen Skateszene weitergeführt werden
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsberatungen einzuplanen.
4. Der Sachantrag Nr. 97 ist damit abschließend behandelt.

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 0

TOP 7	Antrag auf Einführung eines Foodsharing-Projekts
--------------	---

abgesetzt

TOP 8	Mündlicher Bericht über den aktuellen Stand Obdachlosenunterbringung und Soziale Angelegenheiten
--------------	---

Sachvortrag:

Frau Höttl stellt die Aufgabenteilung soziale Angelegenheiten/ Obdachlosenunterbringung zwischen Sachgebiet 32 und der Stabstelle Amt 3 anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Bei der Obdachlosenunterbringung hat das Sachgebiet 32 rückläufige Unterbringungszahlen von 130 (April 2017) auf 85 (November 2018) Fällen. Die Stadt Fürstenfeldbruck ist die einzige Kommune im Landkreis mit rückläufigen Unterbringungszahlen. Die Anzahl der Beratungsgespräche sind jedoch in etwa gleich geblieben.

Die Sozialbestattungen, welche eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Seit 2016 werden die Kosten hierfür jedoch auch von anderen Kommunen und von Verwandten zurück gefordert.

Bei den sozialen Angelegenheiten hat Herr Müller ca. 4-7 Beratungsgespräche pro Tag. Pro Fall sind in etwa 3-5 Gespräche notwendig. Herr Müller begleitet bestimmte Fälle unter sozialpädagogischen Aspekten.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Dräxler**, welche die Gründe für den Rückgang der Obdachlosenzahlen sind, berichtet **Frau Bayerl**, dass sie zum einen für die Unterbringung des Familiennachzugs nicht mehr zuständig sind. Zum anderen unterstützen 2 Objektbetreuer die Obdachlosen bei der Erstellung von Bewerbungsmappen, z.B. zur Findung von Wohnungen. Des Weiteren werden Zeitverträge mit Vermietern über 6-12 Monate abgeschlossen, bei denen die Stadt für die Miete bürgt. Sollte es mit dem Mietverhältnis klappen, kann dies umgewandelt werden.

Stadtrat Beer möchte wissen, seit wann das Gebäude in der Hasenheide in Betrieb ist. **Frau Bayerl** erläutert, die KAP ist dort seit April 2018 angesiedelt. Seit 01.11.2018 ist die Unterbringung offiziell in Betrieb und es sind bisher 5 Zimmer mit einer Familie und Einzelpersonen belegt. Die Belegung erfolgt nun nach und nach. Für Flüchtlinge, welche ihre Familie nachholen können, wird der Kontakt mit der Regierung hergestellt. Die Regierung bringt die Familien dann bezirksweit unter.

Stadtrat Dräxler kritisiert, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung und am Hardtanger anerkannte Flüchtlinge untergebracht sind, welche keine Wohnung finden. Hier sollte die Regierung mehr in die Pflicht genommen werden.

Frau Hörtl mahnt dies regelmäßig an. Mehr könne die Stadtverwaltung nicht tun.

Bekanntgabe:

Der Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport nimmt den Bericht zum aktuellen Stand der Obdachlosenunterbringung und den Sozialen Angelegenheiten zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes
--------------	----------------------

Auf Nachfrage von **Stadtrat Dräxler** erläutert **Herr Maurer**, dass das Integrationskonzept fortgeführt wird, wenn es zeitlich machbar ist.

Herr Mack möchte den Sachstand zum Sportzentrum III wissen. **Oberbürgermeister Raff** berichtet, dass die weiteren Planungen mit dem TSV West und den Schützen gemacht werden. Die Kosten belaufen sich aktuell auf ca. 4 Mio €, da die Vereine auch Einsparungen vornehmen. Für die Haushaltsjahre 2019-2021 sind nun 3 Mio € eingeplant. Er geht davon aus, dass dies auch so umsetzbar ist. Wenn nun auch noch der BLSV zustimmt, kann weiter geplant werden.

Stadtrat Halbauer berichtet, dass es beim LKW-Parkplatz in der alten Buchenau keine Mülleimer mehr gibt und bittet, dass wieder welche installiert werden sollen.

Laut **Oberbürgermeister Raff** gibt es bei den Planungen „Eishalle“ aktuell 4 Planungen an 3 Standorten (jetziger Standort, Kurt-Schumacher-Straße, Fliegerhorst und Halle 4 im Fliegerhorst). Auf Nachfrage bei unterschiedlichen Planungsbüros hat die Stadtverwaltung jeweils die Aussage erhalten, dass die Machbarkeitsstudie für eine Eishalle frühestens Mitte 2019 erfolgen kann. Die deutschlandweite Ausschreibung hierfür soll in der ersten Dezember-Woche erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Erich Raff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Erich Raff
Oberbürgermeister

Michaela Raff
Schriftführerin